

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Kein Waffenschutz Initiative abgelehnt

Jahresbericht

April 2010 – März 2011



Inhalt

Jahresbericht des Präsidenten Ruedi Tobler	3
..... Reformbedürftige kollektive Sicherheit	
Jahresbericht der Kampagne gegen Kleinwaffen	12
..... Waffenschutzinitiative abgelehnt	
Bericht zur Waffenausfuhr 2010	19
..... Saudi-Arabien bevorzugter Kunde	
Bericht zu den «New Ways» in Somalia	20
..... Schwierigkeiten in Merka	
Jahresbericht der friZ -Redaktion	22
..... Die Schwerpunkte im 2010	
Publikationen des SFR	24

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Postfach 1808, 8021 Zürich
 Tel. ++ (044) 242 93 21
 info@friedensrat.ch – www.friedensrat.ch
 PC-Konto 80-35870-1
 Präsident: Ruedi Tobler

Mehr Informationen

über die Arbeit des Friedensrates und der
 Kampagne gegen Kleinwaffen sind auf
 der Website **www.friedensrat.ch**
 zu finden, die aktuellen friZ-Ausgaben
 unter **www.efriz.ch**



Kampagne
 gegen Kleinwaffen
 Peter Weishaupt

friZ

Zeitschrift für Friedenspolitik

++ (044) 242 22 93
 Redaktion
 friz@efriz.ch, www.efriz.ch
 Detlev Bruggmann

Impressum

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Zürich, April 2011, Fr. 10.–
 Redaktion/Layout: Peter Weishaupt
 Beiträge von Detlev Bruggmann, Heiri Frei,
 Jenny Heeb, Ruedi Tobler, Peter Weishaupt
 Bilder von small arms survey 2010, zif Berlin, (S. 6)
 Titelbild-Sujet: Waffenschutzinitiative
 Druck: ropress Druck, Zürich
 Auflage: 2500 Ex.

Klimaneutral und mit erneuerbarer Energie



Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
 Wäldern, kontrollierten Herkünften und
 Recyclingholz oder -fasern
 www.fsc.org Cert.-Nr. COC-0474
 © 1996 Forest Stewardship Council



Kollektive Sicherheit ist reformbedürftig

Von Ruedi Tobler, Präsident des SFR

Dieses Jahr haben wir das Erscheinen unseres Jahresberichtes wieder einmal um einen Monat hinausgeschoben, damit wir die Abstimmung über die von uns initiierte Volksinitiative zum Schutz vor Waffengewalt noch in die Berichterstattung einbeziehen können, denn sie bildete klar unseren Arbeitsschwerpunkt in der Berichtsperiode. So wäre es eigentlich nichts als logisch, auch die einleitenden Gedanken dem Rückblick auf den Abstimmungskampf zu widmen. Aber wieder einmal hat uns die Aktualität überrollt und mit der Atomkatastrophe in Japan und dem Bürgerkrieg in Libyen zwei andere Fragen ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt.

Die unaufhaltsame Atomkatastrophe in Japan

Seit Japan am 11. März 2011 von einer Katastrophe biblischen Ausmasses heimgesucht worden ist, kann und muss die Weltöffentlichkeit mitverfolgen, dass das Abschalten von Atomkraftwerken zwar das Ende ihrer Stromproduktion bedeutet, aber keinen Einfluss auf die Beendigung der atomaren Kettenreaktion hat. Diese entwickelt sich nach ihren eigenen Gesetzmässigkeiten unerbittlich weiter. Auch der Einsatz jener Arbeiter, die bereit (oder gezwungen?) sind, ihr Leben zu opfern, vermag das nicht aufzuhalten. Doch nicht nur die Apologeten der Atomtechnologie sind in der Lage von Goethes Zauberlehrling, dass sie die Geister, die sie gerufen haben, nicht mehr loswerden. Fatalerweise haben sie die ganze Menschheit in Geiselschaft genommen – und sie

könnten uns auch beim besten Willen daraus nie mehr entlassen.

Begonnen hat das nicht mit der Katastrophe in Fukushima. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki liegen zwar schon über 65 Jahre zurück, aber sie fordern auch heute noch und auf nicht absehbare Zeit hinaus ihre Opfer. Und auch die AKW-Katastrophe von Tschernobyl liegt nicht ein Vierteljahrhundert zurück, sondern sie hat damals begonnen, dauert bis heute an und wird noch auf unabsehbare Zeit weitergehen, mit immer neuen Opfern. Was auch immer sich noch in den AKW von Fukushima abspielen wird, auch dort wird es so sein.

Hiroshima, Nagasaki, Tschernobyl und Fukushima bilden nur die Spitze des Eisbergs des unbewältigbaren Atomproblems. Es beginnt bei der Verseuchung der Abbaugelände, die überwiegend in Gebieten von indigenen Völkern liegen. Und es zieht eine unauslöschliche Spur durch den ganzen Erzeugungs- und Nutzungsprozess der Atomprodukte – sowohl der militärischen wie der zivilen. Von Los Alamos bis zu den geheimen Atomstädten in der Sowjetunion.

Das strahlende Erbe

Nicht zu vergessen die Regionen, die den Atombombenversuchen geopfert worden sind, am bekanntesten – aber bei weitem nicht die einzigen – Bikini, Mururoa und Semipalatinsk. Und es mündet in das unlösliche 'Abfallproblem' – von den in den Weltmeeren verunglückten oder ausgedienten Atom-U-Booten (Stich-



wort Murmansk) bis zu abgebrannten AKW-Brennstäben. Dieses schmutzig-strahlende Erbe wird – zusammen mit dem Klimawandel – die nachhaltigste¹ Hinterlassenschaft der Industriegesellschaft bilden. Beides wird die Menschheit innert Menschengedenken nicht mehr loswerden.

Ich höre schon den Vorwurf, ich vermenge die militärische und die 'friedliche' Nutzung der Atomkraft, das müsse doch auseinander gehalten werden. Sicher, es gibt da Unterschiede. Aber gerade die Geschichte des Atomsperrvertrags zeigt die Schwierigkeiten der Abgrenzung der beiden Bereiche, kann ihren Charakter als siamesische Zwillinge, die untrennbar miteinander verbunden sind, je länger desto weniger verleugnen.²

Diese Zusammenhänge haben wir 2007 in der – immer noch aktuellen – Broschüre «Schöne neue atomare Welt. Neue Atomkraftwerke sind kein Rezept gegen den Klimawandel» dokumentiert. Die Atomproblematik zeigt idealtypisch auf, dass ein simples Schwarzweiss-Denken – auf der einen Seite das gute Zivile und auf der andern das böse Militärische – realitätsfremd ist.

Es gibt keine 'friedliche' Nutzung

Der Einstieg in die Atomspaltung war ein unumkehrbarer Schritt in der Menschheitsgeschichte. Ausstieg aus der Atomgesellschaft

¹ Das Beispiel zeigt, dass der Begriff «sustainable» unzureichend ins Deutsche übertragen wurde; es geht nicht darum, dass eine Entwicklung lange anhält bzw. andauernde Wirkungen hat, sondern dass sie zukunftsfähig ist.

² Damit will ich die Bedeutung des Atomsperrvertrags nicht in Abrede stellen; gegen die Militärlobby haben auch wir als SFR uns seinerzeit aktiv für den Beitritt der Schweiz zu dieser Rüstungskontrollvereinbarung eingesetzt.

bleibt deshalb ein frommer Wunsch, wohl solange es (menschliches) Leben auf dem Planeten Erde geben wird. Macht deshalb die Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie und nach vollständiger nuklearer Abrüstung keinen Sinn? Im Gegenteil, gerade weil die Probleme, die der Menschheit durch die militärische und zivile Nutzung der Atomtechnologie entstanden sind, schon jetzt mehr als eine Herkulesarbeit sind, müssen wir alles daran setzen, diese Probleme nicht noch zu vergrössern und zu verschärfen.

Eine 'friedliche' Nutzung der Atomkraft gibt es nicht, weil die Atomspaltung mit der Freisetzung von radioaktiver Strahlung grundsätzlich lebensfeindlich ist. Darum werden wir uns weiterhin sowohl für die vollständige atomare Abrüstung wie den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Das ist unsere Schuldigkeit gegenüber den Atomopfern von Hiroshima, Nagasaki, Tschernobyl, Fukushima und allen andern Teilen der Welt.

Antiatom-Engagement

Basel beherbergte vom 25. bis 30. August 2010 den 19. internationalen Kongress der Ärztinnen und Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW). Berichte und Dokumente sind zu finden über die Website der Schweizer Sektion www.ippnw.ch. Traditionsgemäss haben wir uns auch letztes Jahr mit einer Grussbotschaft am Hiroshima-Gedenktag in Wien beteiligt, in der wir unter dem Titel «Atomwaffen sind unbenutzbar, unmoralisch und illegal» aus der erfreulichen Rede unserer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey an der Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrages zitieren konnten. Weiterhin sind wir an der «Allianz Nein zu neuen AKW» beteiligt, die früher «Allianz Stopp Atom» hiess und im Hinblick auf ein Referendum gegen die neuen AKW-Pläne gebildet worden war. Nach Fukushima könnte das zweite Bein der Allianz, die Entwicklung der Alternativen Energien, an Bedeutung gewinnen.

Nimmt die Völkergemeinschaft ihre Verantwortung in Libyen wahr?

Was in ersten Berichten noch als Hungerrevolte in Tunesien bezeichnet wurde, hat sich innert kürzester Zeit zu einer Bürgerrechtsbewegung entwickelt, die ganz Nordafrika und den arabischen Raum erfasst hat. Während in Tunesien und Ägypten die langjährigen Autokraten relativ rasch abgetreten sind,³ setzen die Machthaber in Bahrain und Libyen auf militärische Gewalt. Sehr unklar ist im Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes die Entwicklung in Jemen und Syrien.

Nachdem die Sicherheitskräfte in Bahrain – die sich vor allem aus Jordaniern, Syrern und Pakistanis zusammensetzen – schon im Februar mit grosser Brutalität gegen friedlich Demonstrierende vorgegangen waren, kamen Mitte März 2011 Truppen des Golfkooperationsrates, vor allem aus Saudi-Arabien, dem bedrängten Regime mit einer Intervention zu Hilfe. Sie scheinen die Protestbewegung eingedämmt zu haben – zumindest vorläufig. Aber es besteht die Gefahr, dass der Konflikt zu einer Auseinandersetzung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran eskaliert.

Nordafrikas Demokratiebewegung

Internationale Proteste gegen diese Militärintervention sind, abgesehen von Iran, weitgehend ausgeblieben. Grosse Besorgnis, insbesondere wegen Menschenrechtsverletzungen, haben sowohl die UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay, die Untergeneralsekretärin für humanitäre Angelegenheiten Valerie Amos wie auch Generalsekretär Ban Ki-Moon geäussert. Der Sicherheitsrat hat keine Resolution zu dieser Intervention verabschiedet.

Welche Rolle bei der Nichtthematisierung das Interesse westlicher Staaten an der Ein-

bindung arabischer Staaten in ihre Koalition gegen Ghadhafi spielt, kann aus der Ferne nicht wirklich beurteilt werden. Dass infolge der 'Unruhen' das Formel-1-Autorennen in Bahrain abgesagt wurde, hat hierzulande für mehr Aufsehen gesorgt als die militärische Intervention – bei der notabene auch Schweizer Piranha-Schützenpanzer zum Einsatz kamen.

Die UNO-Resolutionen zu Libyen

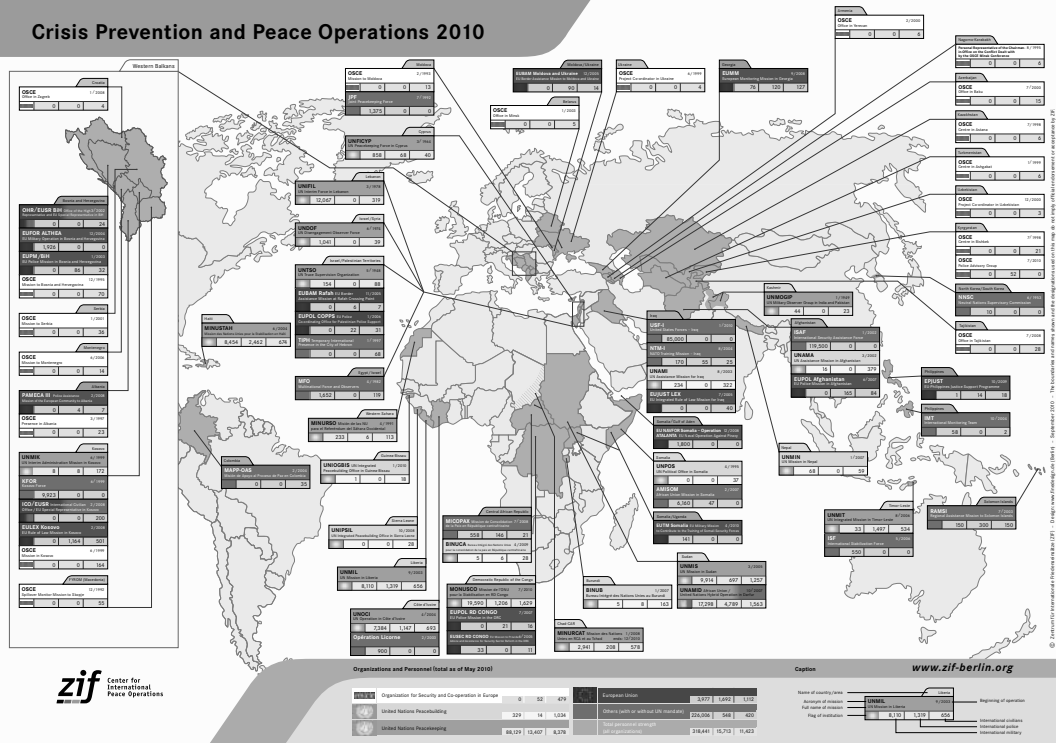
Anders in Libyen. Auch in diesem Land gingen die Sicherheitskräfte mit grösster Brutalität auf friedliche Demonstranten los. Sehr bald bildete sich ein militärischer Widerstand gegen das Ghadhafi-Regime, der anfangs auch erhebliche militärische Erfolge erzielte. Auffällig war aber, dass es den Rebellen nicht gelang, die Informationskanäle des Regimes wirksam zu stören oder zu unterbrechen und sie anscheinend auch keine eigenen aufzubauen vermochten. Darum gelangten nur wenige gesicherte und vertrauenswürdige Informationen an die Öffentlichkeit. Etliche Repräsentanten des Ghadhafi-Regimes sagten sich von ihm los und wechselten auf die Seite der Rebellen.

Die UNO blieb nicht untätig. Nachdem verschiedene Persönlichkeiten und Institutionen Erklärungen zu den Entwicklungen in Libyen abgegeben hatten, beschloss der Menschenrechtsrat am 25. Februar 2011 in einer Resolution die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Libyen und der Generalversammlung den Ausschluss Libyens aus dem Menschenrechtsrat zu beantragen.⁴

Am 26. Februar folgte der Sicherheitsrat mit der Resolution 1970, die einen Katalog von Sanktionen – aber auch einen Aufruf zu humanitärer Hilfe – umfasst, vor allem die Überweisung an den Internationalen Strafgerichtshof, ein Waffenembargo, Reiseverbote für führende Vertreter des Regimes, das Einfrieren von Vermögenswerten des Ghadhafi-Clans und die Einsetzung eines Sanktionsausschusses.

³ Dank den ihren Völkern geraubten Reichtümern werden sie weiterhin in Saus und Braus leben können; daran werden die zu spät verhängten internationalen Sanktionen nichts Wesentliches ändern. Gerade die Fälle Ben Ali und Mubarak zeigen drastisch, dass die heutigen Regelungen für so genannte Potentatengelder nicht zu befriedigen vermögen.

⁴ Das war eine 'Sternstunde' in der noch jungen Geschichte des Menschenrechtsrates, der sich bis dahin insbesondere mit Kritik an islamischen Ländern sehr schwer getan hat.



Am 1. März 2011 beschloss die Generalversammlung den Ausschluss Libyens aus dem Menschenrechtsrat. Gegen Ende Februar zeigte sich die traditionelle Spaltung der Welt in eine reiche, beschützte und in eine arme, schutzlose. Die Industrieländer evakuierten ihre (weissen) Staatsangehörigen mit allen möglichen Mitteln aus Libyen. Die Einheimischen und die Immigranten aus dem Rest der Welt wurden ihrem Schicksal überlassen. Mit einer Ausnahme. Zum ersten Mal evakuierte China Staatsangehörige in grosser Zahl aus dem Bürgerkriegsland. Ist die Weltgesellschaft damit von der absoluten Rassendiskriminierung, der 'Schwarzweiss-Zweiteilung', fortgeschritten ins Apartheidstadium mit farblichen Abstufungen?

Einrichtung einer Flugverbotszone

Militärisch stiessen die Rebellen bald an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und die viel besser gerüsteten und ausgebildeten Ghadhafi-Truppen – darunter offenbar eine Vielzahl von

Söldnern – vertrieben die Rebellen mehr und mehr aus ihren Stellungen. Und dann schien es, als käme die Natur Ghadhafi zu Hilfe. Nach dem Erdbeben in Japan verdrängte die Atomkatastrophe Libyen zunehmend aus der medialen Aufmerksamkeit. Fast schien es, als könne Ghadhafi seinen Vernichtungsfeldzug in aller Stille zu Ende führen. Zwar wurde international über eine Flugverbotszone über Libyen diskutiert, aber der Sicherheitsrat war uneinig und damit blockiert. Erst als Ghadhafi die Eroberung von Bengasi und ein Massaker unter den Rebellen ankündigte, einigte sich der Sicherheitsrat am 17. März überraschend und diskussionslos auf die Resolution 1973 – wobei sich die beiden Vetomitglieder China und Russland sowie Brasilien, Deutschland und Indien der Stimme enthielten. Die Begründung ihrer Haltung wurde von diesen Mitgliedern erst nach der Abstimmung vorgebracht.

Mit dieser Resolution werden nicht nur die verschiedenen Sanktionen verschärft und der

Sanktionsausschuss mit der Einsetzung einer Sachverständigengruppe verstärkt. Hinzu kommen die Verhängung der Flugverbotszone mit der Erlaubnis an die Mitgliedstaaten, «alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die Befolgung des verhängten Flugverbots den Erfordernissen entsprechend durchzusetzen» und zusätzlich, unter dem Titel «Schutz von Zivilpersonen», «alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, einschliesslich Bengasis, zu schützen, unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets».⁵ Damit war klar, dass es keine Operation unter UNO-Führung gibt, sondern dass die Umsetzung der Resolution einer 'Koalition der Willigen' überlassen wird.

Unklare Interventionsziele

Zwei Tage später begannen die Bombenflüge westlicher Staaten über Libyen. Wie improvisiert diese Intervention ist, zeigen nur schon die tagelangen Auseinandersetzungen um die Frage der Leitung der Operationen, die nach einigem Hin und Her der NATO übertragen worden ist, mit der Bezeichnung «Unified Protector». Weder über das Ziel der Intervention noch über das Verhältnis zu den Rebellen, z.B. ob ihnen Waffen geliefert werden sollen (was durch die Sicherheitsratsresolution nicht abgedeckt wäre), besteht Einigkeit. Und es gibt anscheinend auch keine Vorstellungen, wann und wie die Intervention beendet werden soll, es sei denn Ghadhafi und sein Regime würden plötzlich verschwinden. Die Bedingungen für ein Gelingen von «Unified Protector» sind also denkbar ungünstig.

Der Bundesrat hat sich sofort eindeutig hinter die Resolution des Sicherheitsrates gestellt, in einer Medienmitteilung am 18. März 2011, und einem Konvoi britischer Militärfahrzeuge am 21. März die Durchfahrt durch die

Schweiz erlaubt. Ebenso hat er grundsätzlich beschlossen, auch bewaffneten Militärflugzeugen, die am Libyen-Einsatz beteiligt sind, Überflugsrechte einzuräumen. Dazu ist der Bund durch Punkt 8 von Resolution 1973 explizit verpflichtet. Zu Recht betont der Bundesrat, dass das Neutralitätsrecht in diesem Zusammenhang keine Rolle spielt.

Ghadhafi und der Westen

Schon vor der Verabschiedung der Resolution 1973 sind die Diskussionen um ein militärisches Eingreifen in Libyen losgegangen. Selbstverständlich wird den Westmächten wieder vorgeworfen, es gehe ihnen nur um das Öl. Dabei gehen rund 80% von Lybiens Erdöl-Exporten in europäische Länder, mit Abstand am meisten nach Italien. Es ist ja die Hauptursache der Tragödie des libyschen Volkes, dass sich die Westmächte immer wieder auf seine Kosten mit Ghadhafi arrangiert und in den letzten Jahren seine Armee auch mit modernstem Kriegsmaterial aufgerüstet haben. Diese Arrangements sind nicht aufgekündigt worden und man braucht kein sehr langes Erinnerungsvermögen, um sich zu vergegenwärtigen, dass die EU die Schweiz in den Senkel gestellt hat, als sie versuchte, im Fall Göldi mit Reisebeschränkungen das Ghadhafi-Regime unter Druck zu setzen.

Auch wenn Ghadhafi nicht gerade Statthalter des Westens in Libyen ist – wie das Ben Ali in Tunesien und Mubarak in Ägypten waren –, dieses Arrangement wurde durch die Bürgerrechtsbewegung in Nordafrika unhaltbar. 'Pech' für den Westen ist, dass Ghadhafi keine Skrupel kennt und die Mittel besitzt, die Aufständischen zu liquidieren. Seine diesbezüglichen Ankündigungen müssen ernst genommen werden. Darum war die Resolution 1973 notwendig und ein militärisches Eingreifen unumgänglich.

Droht endloser Bürgerkrieg?

Aber mit der Beschränkung auf den Schutz der Zivilbevölkerung greift die Resolution auch zu kurz. Selbst wenn Ghadhafis Luftwaffe zerstört ist, seine Truppen sind viel besser bewaffnet

⁵ Zitiert aus der Übersetzung durch den deutschen Übersetzungsdienst der UNO, zu finden unter: www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1973.pdf

und ausgebildet als die Rebellen und 'dank' dem Einsatz einer grossen Zahl von Söldnern fehlt grossen Teilen seiner Sicherheitskräfte jede Bindung an die libysche Bevölkerung (was ja in Tunesien und Ägypten die Armee von der Niederschlagung der Bürgerrechtsbewegung abgehalten hat).

Wenn die gegenüber Libyen verhängten Sanktionen nicht bald wirksam werden und das Ghadhafi-Regime von seinen Ressourcen abschneidet (oder die Rebellen an ihrer schlechten Ausrüstung und Ausbildung scheitern), droht der Bürgerkrieg endlos zu werden. Und das ginge ganz bestimmt auf Kosten der Zivilbevölkerung. Resolution 1973 dürfte deshalb kaum das letzte Wort des Sicherheitsrates zu Libyen gewesen sein.

Reformbedürftiges Sicherheitssystem

Bei ihrer Gründung 1945 ist die UNO mit den Anspruch angetreten, «künftige Generationen vor der Geissel des Krieges zu bewahren» (Präambel UNO-Charta). Dazu hat sie ein umfassendes Gewaltverbot – das über das Verbot, Krieg zu führen, hinaus geht – aufgestellt und zu seiner Durchsetzung das System der kollektiven Sicherheit vorgesehen. Von dessen Verwirklichung sind wir aber noch weit entfernt. Der Kalte Krieg hat seine Umsetzung weitgehend verhindert, aber nach seinem Ende erlebten die UNO-Friedensmissionen einen grossen Aufschwung, der allerdings auch mit einigen schlimmen Misserfolgen bezahlt werden musste.

Massnahmen zur Friedens erzwingung werden vom Sicherheitsrat nur ungern beschlossen. Und die Rückschläge in den Neunzigerjahren führten dazu, dass die Zurückhaltung des Sicherheitsrates eher noch gewachsen ist. Selbstverständlich sind die Mitgliedsländer des Sicherheitsrates und insbesondere auch die Vetomächte nicht frei von Eigeninteressen, bei denen der Weltfrieden jeweils nicht unbedingt im Zentrum steht.

Das Beispiel Libyen zeigt erneut das ungenügende Funktionieren des Systems der kollektiven Sicherheit. Ob die Beschränkung auf eine Flugverbotszone geeignet ist für einen

wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung, ist fraglich. Und soll die Weltgemeinschaft wirklich untätig zuschauen, wie sich die beiden Kriegsparteien gegenseitig abschlachten, bzw. dank dem Verbot von Waffenlieferungen die Seite obsiegt, welche die grösseren Vorräte an Waffen und Munition hat?

Beschränkte Friedensmissionen

Praktisch unbeachtet von der Weltöffentlichkeit wird in der Elfenbeinküste ebenfalls eine blutige Auseinandersetzung geführt, der eigentlich mit einer UNO-Friedensmission (UNOCI) hätte vorgebeugt werden sollen, die 2004 eingerichtet worden ist. Die Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr hätten zum Übergang von dem von der UNOCI kontrollierten Waffenstillstand nach dem Bürgerkrieg zu demokratischen Verhältnissen führen sollen. Das beschränkte Mandat der UNOCI hat ihr wenigstens erlaubt, den Wahlsieger vor der Verfolgung seines unterlegenen Widersachers zu schützen, konnte aber die Eskalation der Auseinandersetzungen nicht verhindern. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge schätzt die Zahl der intern Vertriebenen auf zwischen 700'000 und einer Million und jene der ins Ausland Geflohenen auf 116'000, wie Human Rights Watch am 31. März 2011 berichtet. Am 30. März hat der Sicherheitsrat mit der einstimmig angenommenen Resolution 1975 die Sanktionen gegenüber dem abgewählten Präsidenten Gbagbo verstärkt.

Darum scheint uns eine Weiterentwicklung des Systems der kollektiven Sicherheit dringend nötig zu sein. Wir haben deshalb einen «Aufruf für ein verbindliches, zuverlässiges und vertrauenswürdiges System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der UNO und einen entschiedenen Einsatz der Schweiz für seine Verwirklichung» ausgearbeitet, für den wir eine breite Abstützung suchen. Auch sind wir daran, für unsere nächste Jahresversammlung eine Veranstaltung zu diesem Thema zu organisieren. Beides zusammen sollte zeigen, ob die Thematik der kollektiven Sicherheit in der nächsten Zeit zu einem unserer Arbeitsschwerpunkte wird.

Die Jahresaktivitäten

Da wir den brennenden Aktualitäten in Fukushima und Libyen sowie der Kampagne gegen Kleinwaffen viel Platz einräumen, behandeln wir die weiteren Aktivitäten im Telegrammstil:

KOFF. Das Kompetenzzentrum für Friedensförderung (KOFF) wird am 19. Mai 2011 in Bern sein 10-Jahres-Jubiläum begehen können. Der Friedensrat gehört zu den Gründungsmitgliedern und ist heute eine seiner 49 Trägerorganisationen. Im Leitungsausschuss (SteeCom) sind diese mit drei Sitzen vertreten – neben Vertretern des EDA, von der Politischen Abteilung IV (Menschliche Sicherheit) und von der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit). An der Trägerversammlung am 26. Mai 2010 waren zwei NGO-Sitze neu zu besetzen, Cécile Bühlmann (cfd) wurde für die kleineren Hilfswerke wiedergewählt. Die grossen Hilfswerke vertritt nun Esther Marthaler (HEKS), die Friedensorganisationen Ruedi Tobler (SFR). Durch diese Wahl haben wir nun einen viel intensiveren Kontakt zum KOFF, was sich auf unsere Tätigkeiten auswirken dürfte, zum ersten Mal bei unserer Jahresversammlung im Mai 2011.

Anhörung Armeebereich 2010. Am 21. Juni 2010 konnte unser Geschäftsleiter Peter Weishaupt an der Anhörung des VBS zum Armeebereich 2010 teilnehmen. Er vertrat dort in erster Linie, dass die schweizerische Sicherheitspolitik auf das System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der UNO auszurichten sei. Zudem sei die Wehrpflicht abzuschaffen.

Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht. Im April 2010 lud die GSoA kurzfristig zu einer Sitzung zur Unterstützung ihrer Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht ein. Da wir uns schon lange für dieses Postulat einsetzen – zuerst wohl 1969 in der Vernehmlassung zur Totalrevision der Bundesverfassung –, haben wir gegen dieses undemokratische Vorgehen protestiert, umso mehr, als es keine Dringlichkeit für die Lancierung gibt und der Initiativtext höchst problematisch ist, u.a. verstösst er unseres Erachtens gegen das Gebot der Einheit der Materie. Deshalb haben wir auch darauf verzichtet, die Initiative zu unterstützen.

KRIEG UND FLUCHT



FRIEDENSWEG IM
APPENZELER VORDERLAND
IM 100. TODESJAHRE VON HENRY DUNANT
OSTERMONTAG 5. APRIL 2010 9:45 – 17 UHR

TREFFPUNKT 9:45 Uhr Kirche Walzenhausen.
Erinnerungen an Flüchtlingspfarrer *Paul Vogt*, Generalkonsul *Carl Lutz*,
Armeniervater *Jakob Künzler*. Im «Sonneblick» Kaffee/Gipfeli.

WANDERUNG (2 Std) über Wiesen- und Waldwege nach Wolfhalden
Gedanken zu Flüchtlingsmutter *Gertrud Kurz* und Dunant-Mitarbeiterin
Catharina Sturzenegger. Postauto nach Heiden.

ALTERNATIVE ZUR WANDERUNG Nach dem «Sonneblick»
mit Postauto nach Heiden ins Dunant-Museum.

MITTAGESSEN im Kirchgemeindehaus Heiden, Begegnungen
mit Asylsuchenden. *Martin Amacher*, Delegierter des Internationalen
Komitees vom Roten Kreuz/IKRK, berichtet aus Jemen.

ABSCHLUSS beim Dunant-Denkmal
mit *Yvonne Steiner*, Autorin, Schwellbrunn. Ende 16:45 Uhr.

WEITERE INFOS www.sosos.org – info@sosos.org – 071 790 03 71

FORUMSOSOS

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Amnesty International

VERBUNDENE ORGANISATIONEN

VERBUNDENE ORGANISATIONEN

Zivildienstverband gegründet. Nach intensiven Vorarbeiten konnte am 20. August 2010 in Bern der gesamtschweizerische Zivildienstverband CIVIVA gegründet werden; mit Heiner Studer als Präsident, der sich als EVP-Nationalrat jahrelang und schliesslich erfolgreich für die Abschaffung der Gewissensprüfung eingesetzt hat. Nachdem deren Aufhebung zu einem Anstieg der Zivildienstleistenden führte, versucht nun die 'Stahlhelmfraction' in den Eidg. Räten, das Rad der Zeit zurückzudrehen. Der Friedensrat ist als Gründungsmitglied dabei und Ruedi Tobler arbeitet im Vorstand mit.

NGO-Bericht zum UNO-Sozialrechtspakt. Wie auch im letzten Jahresbericht erwähnt, beteiligten wir uns aktiv an der Ausarbeitung des NGO-Berichtes zum UNO-Sozialrechtspakt. Ruedi Tobler machte nicht nur die Schlussredaktion des Berichts, sondern stellte ihn auch am 1. November dem Sozialrechtsausschuss in Genf vor. Noch offen ist die Weiterarbeit mit den Empfehlungen des Ausschusses.



DAS GESPRÄCH GEHT WEITER:
HERAUSFORDERUNG ISLAM
REFERATE – WORKSHOPS – GESPRÄCHE – MUSIK
SONNTAG, 13. JUNI 2010 10–17 UHR
PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE RORSCHACH

ZIELSETZUNG DER TAGUNG

Vor der Abstimmung über die Minarettverbots-Initiative haben wir im Oktober 2009 die Tagung «Herausforderung Islam» mit grosser Beteiligung und lebendigen Diskussionen durchgeführt. Der Abstimmungsausgang ist für uns ein Ansporn, am Thema dran zu bleiben.

Erst recht gilt es jetzt:

- ▶ Gespräche mit Menschen einer anderen Kultur und Religion neugierig aufnehmen
- ▶ Ängste abbauen und ein besseres gegenseitiges Verständnis aufbauen
- ▶ Den Islam in seiner Vielfalt näher kennen lernen
- ▶ Die Menschenrechte, insbesondere die Religionsfreiheit, als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben anerkennen und nutzen
- ▶ Voraussetzungen und Chancen der Integration klären und Lösungen für auftauchende Probleme des Zusammenlebens finden

FOTUMSOS

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

AMNESTY
INTERNATIONAL



DIGO

Ökonomie und
Politik

Vernehmlassung Bürgerrechtsgesetz. Im März 2010 beteiligten wir uns an der Vernehmlassung zur Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes. Wie schon bei früheren Gelegenheiten kritisierten wir, dass es immer noch kein schweizerisches Bürgerrecht gibt und schlugen einen «doppelten Paradigmenwechsel» vor, einerseits vom bisherigen Ortsbürgerrecht zu einem einheitlichen Schweizer Bürgerrecht und andererseits vom ius sanguinis (Abstammungsprinzip) zum ius soli (Geburtslandprinzip). Im Juniversand 2010 haben wir die Vernehmlassung dokumentiert. Unser Vorschlag ist nicht aufgenommen worden.

Friedensweg im Appenzeller Vorderland. Wie schon im letzten Jahresbericht angekündigt, fand der Friedensweg im Appenzeller Vorderland am 5. April 2010 im 100. Todesjahr von Henry Dunant von Walzenhausen nach Heiden statt, mit Stationen zu verschiedenen

Friedenspersönlichkeiten, mit erfreulich guter Beteiligung. Aus dem einmaligen Anlass hat sich inzwischen das Projekt eines festen Friedenswanderwegs entwickelt, der in den kommenden Jahren verwirklicht werden soll.

Herausforderung Islam. Wie im letzten Jahresbericht erwähnt, beteiligten wir uns an der Organisation der Tagungsreihe «Herausforderung Islam» in Rorschach. Die erste war im Oktober 2009 im Vorfeld der Minarettverbotsinitiative. Nach der Abstimmung war uns klar, dass wir am Thema dran bleiben mussten. Die zweite Tagung im Juni 2010 stand unter dem Motto «Das Gespräch geht weiter» und die dritte im Februar 2011 hatte «Wie können Menschenrechte in einer Demokratie Minderheiten schützen?» zum Thema. Alle Tagungen waren gut besucht.

Landhausversammlungen in Solothurn. Ebenfalls als Reaktion auf die Annahme der Minarettverbotsinitiative sind die «Landhausversammlungen» in Solothurn «zur Stärkung der Menschenrechte und der direkten Demokratie» entstanden. Bisher fanden drei Veranstaltungen statt: Am 29. Mai 2010 mit der Verabschiedung einer Erklärung, die wir im Juniversand 2010 publizierten; am 9. Oktober 2010 und am 12. März 2011. Im Zentrum steht die Frage, wie die Ungültigkeitskriterien für Volksinitiativen zu fassen sind, damit nicht mehr Begehren zur Abstimmung kommen, die dann nicht umsetzbar sind. Da sich in dieser Frage derzeit Einiges auf parlamentarischer Ebene tut, steht Lobbyarbeit und nicht mehr die Lancierung einer Volksinitiative im Vordergrund.

Ausschaffungs-Initiative. Schon bei der Lancierung der Ausschaffungs-Initiative haben wir im Oktober 2007 die Gewaltpropaganda der SVP mit ihren 'Schafsplakaten' kritisiert. Im Juni 2010 haben wir uns mit einem ausführlichen Aufruf für ein doppeltes Nein zur Initiative und zum Gegenvorschlag zu Wort gemeldet. Die Annahme der Initiative am 27. November 2010 konnten wir nicht verhindern.

Menschenrecht auf Frieden. Im Rahmen des UNO-Menschenrechtsrates läuft seit längerer Zeit eine Diskussion um das «Menschenrecht

auf Frieden». Dazu fand im Dezember 2010 im spanischen Santiago de Compostela eine Konferenz statt – an der wir leider nicht teilnehmen konnten –, die einen Entwurf für eine Deklaration der UNO-Generalversammlung verabschiedete. Derzeit liegt das Geschäft beim beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrates.

Menschenrechtsbildung. Seit 2008 gibt es Bemühungen um den Aufbau eines Arbeitskreises für die Menschenrechtsbildung in der Schweiz, ausgelöst durch das von der UNO ausgerichtete «Jahr des Menschenrechtslernens» 2009. Sie gerieten aber mehrmals ins Stocken. Nun scheinen die Anfangsschwierigkeiten überwunden zu sein und die Sitzungen sollen etwa halbjährlich stattfinden. Ruedi Tobler nimmt regelmässig teil und konnte an der letzten Sitzung am 2. Februar 2011 in Luzern den von uns im Dezember 2009 mit herausgegebenen Reader «Mega Buster. Kriegsgebiet Kinderzimmer» vorstellen.

In teilweiser Überschneidung mit diesem Arbeitskreis ist auch ein Netzwerk zur Menschenrechtsbildung aus Deutschland, Österreich und der Schweiz im Aufbau. Nach einem ersten Treffen im Februar 2009 in Graz fand das zweite Treffen am 20. Mai 2010 in Luzern statt. Für den Friedensrat ist Ruedi Tobler beteiligt. Im Europarat laufen seit längerem Projekte zu «Education for Democratic Citizenship and Human Rights Education». Weil der Abschluss des Zyklus von 2006-2009 in die Schweizer Präsidentschaft des Europarates fiel, konnte an der Tagung vom 15./16. April 2010 in Strassburg eine umfangreiche Delegation teilnehmen, darunter auch Ruedi Tobler.

Friedensbildung. Ende Januar 2011 trafen sich Oskar Bender und Ruedi Tobler mit dem Vorstand von ASEPaix, dem Netzwerk von Organisationen im Bereich der Friedenserziehung. Besprochen wurde in erster Linie die Organisation eines gesamtschweizerischen Kongresses der Friedensorganisationen. Wir einigten uns darauf, einen solchen gemeinsam mit weiteren Gruppierungen zu organisieren; noch unklar ist der Zeitpunkt.



Céréssole-Ausstellung in La Chaux-de-Fonds. Am 25. September 2010 war die Vernissage der vom SCI Schweiz gemeinsam mit der Stadtbibliothek La Chaux-de-Fonds erarbeiteten Ausstellung über Pierre Céréssole, den Gründer des SCI, die nun als Wanderausstellung zur Verfügung steht.

Friedenskalender 2011 zu Afrika. Nachdem uns Francine Perret schon im vorjährigen Friedenskalender Fotos zur Verfügung gestellt hatte, bot sie uns für die 15. Ausgabe unseres Postkartenkalenders 2011 verschiedene afrikanische Sujets aus ihrem Freundeskreis an, die wir zu einer kleinen Reise vom Norden in den Süden des Kontinentes zusammenstellten. Wir danken hier nicht nur den SponsorInnen, sondern allen SpenderInnen herzlich. Im übrigen sind wir für Anregungen und gutes Bildmaterial für künftige Kalenderjahre immer empfänglich.

Ruedi Tobler



Jahresbericht 2010/2011 der Kampagne gegen Kleinwaffen

Waffenschutzinitiative abgelehnt

Mit der Abstimmung über die Volksinitiative *Für den Schutz vor Waffengewalt* am 13. Februar 2011 ging für uns nicht nur ein intensives Arbeitsjahr zu Ende, sondern erfuhr unsere Kampagne gegen Kleinwaffen auch einen vorläufigen Höhepunkt. Vor zehn Jahren nach dem Amoklauf im Zuger Parlament ins Leben gerufen, mit einer kontinuierlichen Informationsarbeit und einer Petition für ein wirksames Waffenrecht den Boden für ein Volksbegehren vorbereitend, das dann vor vereinhalf Jahren nach dem Fall Rey-Bellet von uns angeregt und von über 75 Organisationen unterstützt worden war, werden wir nach dessen Ablehnung neue Ansatzpunkte für eine bessere Waffenkontrolle finden müssen.

Dabei sind gegenüber dem Beginn unserer Arbeit durchaus einige Fortschritte bei der Waffenkontrolle festzustellen, so verdanken wir den durch den Schengen-Beitritt geschuldeten Revisionen des Waffengesetzes u.a. die Notwendigkeit eines Waffenerwerbsscheines für alle Kategorien und erfüllen damit wenigstens die minimalen Standards der europäischen Waffenrichtlinien. Und zweifellos sind die verschiedenen bundesrätlichen Erlasse zu den Armeewaffen, so die Aufhebung der Abgabe der Taschenmunition, die Möglichkeit der Deponierung der Dienstwaffe in den Logistik-Zentren der Armee oder die Überprüfung des

Gefahrenpotenzials von Rekruten von der Lancierung der Waffenschutzinitiative 2007 befördert worden.

Vielfältiges Engagement

Wir haben uns in diesem Abstimmungskampf auf verschiedenen Ebenen engagiert, wobei wir uns in Ermangelung von Geldern vor allem auf die argumentative 'Munitionierung' konzentrierten, so vor allem mit einem auf den Dezember 2010 hin konzipierten umfangreichen Argumentenkatalog, einem eigentlichen Compendium zur Waffenkontrolle in der Schweiz, das wir vielen Interessierten zur Verfügung stellen konnten. Amnesty Schweiz ermöglichte auch eine französische Zusammenfassung des Argumentenkataloges. Dazu gesellte sich eine für ReferentInnen sehr brauchbare Power-Point-Präsentation.

Daneben frischten wir mit einigem Aufwand unsere Homepage auf, nahmen an etlichen Veranstaltungen teil – so im Vorfeld der Abstimmung am 10. September 2010 mit der 'Annabelle'-Redaktorin Helene Aecherli, der Initiantin der seinerzeitigen Petition, an einem von den Zürcher Oberländer Offiziers- und Unteroffiziersverbänden zusammen mit der SVP unter dem Titel «(W)ehrlose Schweiz» organisierten Podium in Gossau – und griffen auch mit publizistischen Beiträgen in verschiedenen

Organen und mit profilierten Leserbriefen ins Geschehen ein.

Die gegnerischen Komitees, allen voran Ulrich Schlüers Mannen, aber auch die Schützen- und Waffenlobby hatten ihre Kampagne mit grossem Einsatz und Aufwand schon lange vor dem Abstimmungstermin aufgenommen und lieferten mit zerdrückten Lampions (schweizerische Werte) und grimmigen Verbrechern (ausländische Gefahren) grobschlächtige bis rassistisch unterlegte Sujets.

Schwächen des Initiativkomitees

Leider hatte dem das Waffenschutz-Initiativkomitee wenig entgegen zu setzen, nach der Einreichung im Februar 2009 hatte es sich weitgehend verabschiedet und erst in letzter Minute im Oktober 2010 wieder gemeldet. Weshalb sowohl eine kontinuierliche Mittelsammlung, der seriöse Aufbau von Regionalkomitees, die Bildung von speziell Engagierten (Schützen, Polizisten, Offizieren, Frauen u.a.) – alles Vorschläge, die wir bei der Bildung des Komitees angeregt hatten – kaum bis gar nicht zum Tragen kamen.

Dies wirkte sich vor allem dort aus, wo der Haupteinsatz hätte erfolgen sollen, in den eher ländlich geprägten Kantonen der Deutschschweiz. Dabei hätte die Ansetzung einer einzigen Vorlage auf diesen Februartag die Chance einer konzentrierten Kampagne geboten. Zwar hätte dadurch das Ständemehr nicht überwunden werden können, aber etwas mehr als die 43,7 gesamtschweizerischen Ja-Prozente und sechs Kantone hätten es schon sein können.

Kein Freipass für Liberalisierung

In einer Stellungnahme vom 14. Februar 2011 hielten wir fest, dass der Ausgang des Abstimmungssonntags «alles andere als ein Freipass für eine generelle Waffenliberalisierung in der Schweiz ist, sondern gezeigt hat, dass der Wunsch nach einer griffigeren Waffengesetzgebung weit verbreitet ist und als Auftrag gesehen werden sollte, die aufgeworfenen Fragen ernster zu nehmen. Wir unterstützen deshalb die Absicht der Justizministerin Simo-

netta Sommaruga, weitere Verbesserungen des Waffenrechts zu prüfen, so eine Vernetzung der kantonalen Waffenregister oder eine bessere Markierung von Waffen, um deren Rückverfolgung bei Missbrauch zu erleichtern.

Im Vordergrund der dringlichsten Massnahmen steht aber die Ratifikation des UNO-Feuerwaffenprotokolls, damit sich die Schweiz endlich solidarisch am Kampf der Weltgemeinschaft gegen den illegalen Waffenhandel beteiligt und damit auch einen Beitrag zur Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität leistet. Deshalb sollte der Bundes-

Ergebnisse der Abstimmung vom 13. Februar 2011
über die Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt»



Ja in % Copyright 2011 Schweizer Radio DRS

0-30 30-35 35-40 40-50 50-60 60-100

Kantone Ja 5.5 Nein 17.5

Kanton	Ja-Stimmen	Ja in %	Nein-Stimmen	Nein in %	Beteiligung in %
Schweiz	1'083'161	43.69	1'395'806	56.31	48.86

Zürich	214'164	50.37	210'976	49.63	49.59
Bern	151'901	40.62	222'075	59.38	52.60
Luzern	51'306	40.08	76'713	59.92	50.33
Uri	3'300	29.39	7'929	70.61	43.60
Schwyz	14'572	29.14	35'429	70.86	51.30
Obwalden	3'724	28.14	9'512	71.86	53.94
Nidwalden	4'885	31.23	10'759	68.77	52.56
Glarus	3'266	30.18	7'554	69.82	41.70
Zug	16'403	42.81	21'913	57.19	53.63
Freiburg	34'847	41.14	49'851	58.86	46.61
Solothurn	29'204	35.03	54'161	64.97	48.75
Basel-Stadt	32'606	58.92	22'732	41.08	49.03
Basel-Landschaft	41'346	45.19	50'153	54.81	49.82
Schaffhausen	11'935	38.95	18'705	61.05	54.60
Appenzell A.R.H.	7'284	37.77	11'999	62.23	51.70
Appenzell I.R.H.	1'360	27.68	3'554	72.32	44.40
St. Gallen	57'760	39.17	89'687	60.83	47.80
Graubünden	20'572	35.00	38'212	65.00	44.10
Aargau	70'604	38.57	112'468	61.43	46.44
Thurgau	26'731	34.53	50'682	65.47	49.70
Tessin	33'635	36.52	58'467	63.48	44.26
Vaud	107'098	53.70	92'354	46.30	49.34
Valais	38'581	38.06	62'788	61.94	50.83
Neuchâtel	27'069	53.20	23'808	46.80	46.80
Genève	68'777	61.05	43'887	38.95	47.80
Jura	10'231	52.02	9'438	47.98	39.20

rat unverzüglich die entsprechende Botschaft dem Parlament unterbreiten. Im weiteren stehen weitere wichtige internationale Vereinbarungen an, so die Ratifizierung der Konvention über Streumunition und die Bemühungen um einen UNO-Waffenhandelsvertrag.

Auch sollte der Bund die Kantone bei der Organisation von systematischen Einsammelaktionen der immensen Zahl von nach wie vor unkontrolliert und unregistriert herumliegenden Waffen unterstützen – die ein grosses Reservoir für den illegalen Waffenhandel bilden. In der diesbezüglichen Revision des Waffengesetzes sind auch die Voraussetzungen für die Erteilung eines Waffenerwerbsscheins anzupassen, mit denen wirksam verhindert wird, dass charakterlich Ungeeignete Schusswaffen erwerben können. Dieser Massstab hat auch bei der Abgabe von Dienstwaffen nach

Erfüllung der Dienstpflicht zu gelten. Und die Bedingungen für das freiwillige Deponieren von Dienstwaffen sind so zu erleichtern, dass aus der heutigen Alibilösung eine ernsthafte Wahlmöglichkeit wird.»

Der Kampf wird weitergehen

Nach getaner Schlacht kündigte das gegnerische Abstimmungskomitee Widerstand gegen weitere Verbesserungen des Waffengesetzes an und entgegen früherer Absichten wurde der «Verein gegen die Waffenverbotsinitiative» am 16. März 2011 nicht aufgelöst, sondern soll gemäss dem Chefredaktor von «Schiessen Schweiz», Laszlo Tolvaj, nun sogar eingesetzt werden, um einige Vorschriften des Waffengesetzes zu entschärfen.

Den Waffenlobbyisten ist dabei das Schengener Polizeiabkommen ein besonderer Dorn im Auge; SVP-Rechtsaussen Ulrich Schlüer, seinerzeitiger Organisator des Schengen-Referendums, hatte den Abstimmungskampf dazu benutzt, unermüdlich auf dem Thema herumzureiten. Offenbar schätzen die Schützen die seit Jahrzehnten tätige Waffenlobby «Pro Tell» als zuwenig schlagkräftig ein, jedenfalls bedauert Tolvaj, dass in der Schweiz eine schlagkräftige Schützenorganisation wie die amerikanische National Rifle Association (NRA) fehle. Diese habe «eine gut gefüllte Kriegskasse und genügend Lobbyisten im Parlament, um als Macht anerkannt und gefürchtet zu sein».

Vernehmlassung Streumunition

In unserer Vernehmlassung zur Ratifizierung des Übereinkommens über das Verbot von Streumunition vom 30. Mai 2008 befürworteten wir Ende Februar 2011, dass die Schweiz das Übereinkommen so schnell wie nur möglich ratifiziert und die daraus entstehenden Verpflichtungen vollumfänglich erfüllt, dies sowohl als Beitrag zu Rüstungskontrolle und Abrüstung als auch zur Stärkung des humanitären Völkerrechts. Zusätzlich forderten wir – wie die von beiden Räten überwiesenen Motionen Maury Pasquier und Hiltbold – ein Verbot der direkten wie indirekten Finanzierung verbotener Waffen. So kann beispielsweise verhindert

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

Schutz vor Waffengewalt

**Argumente für ein JA
am 13. Februar 2011
zur Volksinitiative**

werden, dass Pensionskassengelder aus der Schweiz für die Finanzierung der Produktion völkerrechtlich geächteter Waffen verwendet werden.

Ausserdem schlugen wir im Interesse der Transparenz sowohl innerhalb der Verwaltung wie gegenüber Parlament und Öffentlichkeit eine neue Verordnung im Öffentlichkeitsgesetz vor, das eine Berichterstattungspflicht des Bundes für sämtliche – nicht nur wie hier bei der Streumunition – Berichterstattungspflichten aus internationalen Verträgen einführt. Entsprechend der Berichterstattung über die Parlamentsgeschäfte könnte im Geschäftsbericht jeweils auch ein Kapitel der Berichterstattungspflichten erscheinen.

Der Weg zum Waffenhandelsvertrag

Auch mit dem internationalen Waffenhandel haben wir uns in den letzten Monaten befasst, im Zusammenhang mit den Bemühungen im Rahmen der UNO um einen Waffenhandelsvertrag (Arms Trade Treaty, ATT). Seit 2003 setzen sich IANSA (International action network on small arms, bei dem auch wir Mitglied sind), Oxfam und Amnesty International für die Schaffung eines ATT ein. Ein erster grosser Schritt erfolgte 2006 mit der Resolution 61/89 der UNO-Generalversammlung, mit der die Einsetzung einer «Gruppe von Regierungssachverständigen» beschlossen wurde.

In dieser Expertenrunde aus 28 Staaten, die an drei Sessionen im Jahre 2008 die Machbarkeit, die Parameter und der Geltungsbereich eines solchen Waffenhandelsvertrags analysierte, arbeitete auch die Schweiz mit Erwin Bollinger vom SECO mit. Sie lieferte ihren Bericht Ende 2008 ab, worauf die UNO-Generalversammlung im Dezember eine «offene Arbeitsgruppe» zur Ausarbeitung von Vorschlägen für den Waffenhandelsvertrag



einsetzte. Diese diskutierte im März und Juli 2009 an zwei Sessionen über den Vorstoss.

Ein Kontroll-, kein Abrüstungsvertrag

Auch wenn es klar ist, dass der ATT dazu dienen soll, den internationalen Handel mit Waffen zu regulieren und nicht zu verbieten, er also kein Abrüstungsvertrag ist, haben auch wir ein Interesse am Zustandekommen eines solchen Vertrages, der Transparenz und klare Rahmenbedingungen bringen soll und damit ein wirksames Instrument gegen den illegalen und halblegalen Waffenhandel bilden könnte.

Am 1. Oktober 2009 hatte deshalb Amnesty Schweiz alle Interessierten – aus Bundesverwaltung (VBS, EDA und SECO), Rüstungsindustrie und Politik (von den NGO waren nur wir vertreten) – in der Schweiz zu einer Aussprache eingeladen, um die gemeinsamen Interessen und allfällige Differenzen zu klären. Trotz der damals bevorstehenden Abstimmung über das Waffenexportverbot zeigte es sich, dass alle Anwesenden das Zustandekommen eines ATT begrüssen.

Wie geht es weiter? Die UNO Generalversammlung sprach sich am 2. Dezember 2009 in einer neuen Resolution für die verstärkte Kontrolle des internationalen Waffenhandels aus. 151 Staaten stimmten für diese Resolution, 20 Staaten enthielten sich und lediglich ein Staat stimmte dagegen. Die Resolution

legt unter anderem fest, dass die für 2010 und 2011 vorgesehenen restlichen vier Sitzungswochen der bestehenden Open-Ended Working Group in Vorbereitungskonferenzen für eine im Jahr 2012 geplante ATT-Verhandlungskonferenz umgewandelt werden; damit begannen die eigentlichen Verhandlungen für einen internationalen Waffenhandelsvertrag. Die erste dieser Vorbereitungskonferenzen fand vom 12. bis 23. Juli 2010 in New York statt, die nächste wird im Juli 2011 einberufen.

Keimzelle eines Vertragstextes

Die Grundzüge eines künftigen Waffenhandelsvertrages wurden in vier Arbeitsgruppen des Julitreffens diskutiert, dabei kristallisierten sich folgende Elemente heraus:

1. Elemente, Prinzipien und Ziele (Gliederung der Überschriften, Formulierungen für die Präambel, Aufzählung der Ziele).
2. Regelungsumfang (Liste von Rüstungsgütern und Transaktionen, die unter das künftige Kontrollregime fallen).
3. Genehmigungsvorhaben (Kriterien für Genehmigungsentscheide durch nationale Behörden).
4. Umsetzung und Anwendung (staatliche Verpflichtungen bei der Umsetzung in nationales Recht, Berichtspflichten und weitere Transparenzmassnahmen, Prozess für die Überprüfung und Weiterentwicklung des Vertragsregimes).

Eine künftige Kontrollliste soll auf den vorhandenen sieben Kategorien des UNO-Grosswaffenregisters basieren, aber um einige dort fehlende Gegenstände und Waffensysteme wie Aufklärungsfahrzeuge, Boden-Luft-Raketen sowie um kleine und leichte Waffen ergänzt werden. Äusserst umstritten ist die Einbeziehung von Munition; die USA wehren sich besonders gegen eine Kontrolle von Munition für Kleinwaffen. Hingegen scheint es ein breites Verständnis über kontrollpflichtige Transaktionen zu geben, also neben physischem Import, Export und Transit etwa auch Technologietransfers, Vermittlungs- und Finanzierungsgeschäfte. Bei den Genehmigungskriterien für Rüstungstransfers findet sich ein weit ge-

spannter Kriterienkatalog, der u.a. die Auswirkungen auf die Menschenrechtslage umfasst, doch ist die vorgeschlagene Sprachregelung («take into account») äusserst unverbindlich.

Bekannten Befürwortern eines ATT-Vertrages (USA, EU-Staaten) stehen China, Russland, Indien, Ägypten, Iran und Pakistan gegenüber, die nicht viel von einer internationalen Waffenhandelsregelung halten. Doch schalten sich zunehmend Länder des Südens in die Debatte ein, so viele Staaten der Karibik, aus Westafrika, Lateinamerika und dem pazifischen Raum, die sich entschlossen für hohe Kontrollstandards engagieren. (Informationen von Robert Lindner, Oxfam Deutschland; auf den Websites www.controlarms.org sowie www.armstreaty.org sind aktuelle Verhandlungsberichte und weitere Analysen zu finden.)

Die Kleinwaffen-Exporte 2010

Im Jahr 2010 wurden nach dem SECO-Bericht über die Exportkontrolle im Bereich der kleinen und leichten Waffen (SALW) Bewilligungen für die Ausfuhr im Umfang von 32 Millionen Franken erteilt, davon 28 Mio. für Hand- und Faustfeuerwaffen und 4 Mio. für weitere SALW-Waffen. Effektiv ausgeführt wurden Kleinwaffen im Betrag von 24'218'115 Franken. Hauptabnehmer (nach Stückzahl) waren im Berichtsjahr Indien mit 1558 Exemplaren (vorwiegend Sturmgewehre sowie Maschinenpistolen und Granatwerfer) über 4,4 Mio. Franken, Südafrika (Granatwerfer für 1,5 Mio. Franken), Frankreich (1349 Waffen im Wert von 1,3 Mio. Franken), die Bundesrepublik Deutschland mit 1004 Kleinwaffen im Umfang von 780'000 sowie Belgien mit 1732 vorwiegend alten Karabinern im Wert von 330'000 Franken.

Seit dem 12. Dezember 2008 existieren zusätzlich zu den bisherigen fünf Ausschlusskriterien für die Bewilligung von Waffenexporten gemäss Art. 5 der Kriegsmaterialverordnung weitere fünf: Demnach wird die Bewilligung verweigert, wenn

– das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist;

- das Bestimmungsland die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt;
- das Bestimmungsland auf der jeweils gelten- den OECD-DAC-Liste der Empfängerländer öffentlicher Entwicklungshilfe unter den am wenigsten entwickelten Ländern aufgeführt ist;
- im Bestimmungsland ein hohes Risiko be- steht, dass die auszuführenden Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden; oder
- im Bestimmungsland ein hohes Risiko be- steht, dass die auszuführenden Waffen an einen unerwünschten Endempfänger weiter- geleitet werden. Ob diesen Anforderungen so- wohl die Klein- wie Grosswaffenexportbewilli- gungen (siehe auch Seite 19) genügen, dürfen Sie selbst beurteilen...

Das Kleinwaffen-Jahrbuch 2010

Bereits zum zehnten Mal hat das Genfer Insti- tut für internationale Studien das Kleinwaffen- Jahrbuch «Small Arms Survey» herausgege- ben, das mit seiner Mischung aus Information, Dokumentation und Analyse eine unentbehrli- che Referenzquelle zu den kleinen und leich- ten Waffen bildet. Neben materialreichen Studien zu einzelnen Ländern und detaillierten Informationstabellen über die weltweite Waf- fenverbreitung konzentriert sich das Jahrbuch jeweils auf einen thematischen Schwerpunkt.

In der Ausgabe von 2010 «gangs, groups and guns» behandelt das Jahrbuch eine Reihe von Themen, die sich mit Gangs und bewaff- neten Gruppen beschäftigen. Es untersucht ihre Funktionen, die Rollen, die sie einnehmen, und ihren Gebrauch von Gewalt. Ausserdem beleuchtet es die wachsenden Bemühungen, den Schaden, den sie in Gesellschaften anrich- ten, in den Griff zu bekommen. Der Small Arms Survey 2010 behandelt Gangs in Gefängnis- sen, untersucht die geschlechtsspezifischen Aspekte von Gangs sowie regierungsfreundli- che, nichtstaatliche bewaffnete Gruppen.

Des Weiteren präsentiert der Jahresüber- blick Fallstudien zu Ecuador und dem Südsu- dan. Abgerundet wird diese Ausgabe durch eigene Forschungsarbeiten zum globalen Mu-

small arms survey 2010



gangs, groups, and guns

CAMBRIDGE

nitionshandel und zu den Möglichkeiten, den illegalen Waffentransport mittels Luftfracht besser zu kontrollieren.

Das Wichtigste auf einen Blick

□ *Schusswaffen im Besitz von Gangs und Gruppen:*

- Gangs in Ländern, über die die sichersten Forschungsergebnisse vorliegen, besitzen zwi- schen 1,2 und 1,4 Millionen Schusswaffen.
- Weltweit werden in den Arsenalen von Gangs mindestens zwei Millionen und wahr- scheinlich nicht mehr als 10 Millionen Schuss- waffen vermutet.
- Andere nichtstaatliche bewaffnete Gruppen (Aufständische und Milizen, einschliesslich inaktiver und mit dem Staat llierter Gruppen) besitzen insgesamt ungefähr 1,4 Millionen Kleinwaffen.
- Nichtstaatliche bewaffnete Gruppen, die 2009 aktiv kämpferisch in Erscheinung traten, besaßen insgesamt rund 350'000 Kleinwaf- fen.

– Bewaffnete Gruppen und Gangs kontrollieren vermutlich zwischen 0,4 und 1,3 Prozent aller Kleinwaffen.

– Indirekte Beweise zeigen, dass Gangs und bewaffnete Gruppen sich immer schlagkräftigere Kleinwaffen beschaffen und damit das Wettrüsten mit anderen Akteuren verstärken.

□ *Ganggewalt*

– Gangs bilden einen zentralen Risikofaktor im Bereich von Gewalt und Schikanierung.

– Ganggewalt (einschliesslich Mord und Totschlag) richtet sich meist gegen Mitglieder anderer Gangs. Man geht davon aus, dass die Mordraten unter Gangmitgliedern in den grössten amerikanischen Städten etwa hundertmal so gross sind wie unter der allgemeinen Bevölkerung.

– Wie hoch der Grad bewaffneter Gewalt unter Gangmitgliedern ist, hängt häufig davon ab, wie leicht es ist, in einem bestimmten Land Zugang zu Schusswaffen zu bekommen.

– Die Motive, die Ganggewalt auslösen (Rassenhass, ethnische Konflikte, der Drang, sich wirtschaftliche Vorteile, Respekt oder Macht zu verschaffen) weisen in den meisten Regionen der Welt gewisse Gemeinsamkeiten auf.

□ *Gefängnisgangs*

– Politische Massnahmen und Initiativen zur Schwächung der Gefängnisgangs haben ungewollt versteckte oder Langzeitkonsequenzen geschaffen, die am Ende dazu beitragen, dass viele Gangs besonders gut florieren.

– Verstärkte Inhaftierung kann ungewollt die Position von Gefängnisgangs stärken. Gefängnisgangs können sich aus der allgemeinen Häftlingsbevölkerung rekrutieren und dort politische Unterstützung suchen. Gangs setzen auch auf Wiederinhaftierung, um ihren Drohungen gegenüber auf freiem Fuss befindlichen Mitgliedern grösseren Nachdruck zu verleihen.

– Segregation bringt zwar den sofortigen, kurzfristigen Effekt einer Reduzierung der Gefängnisgewalt, hat aber auch einen versteckten Langzeiteffekt in Form einer Stärkung der Gang sowohl innerhalb als auch ausserhalb der Gefängnismauern.

– Gefängnisgangs können anderen kriminellen Akteuren und Gruppen ausserhalb des Gefängnisses dabei helfen, ihre Aktionen und Strategien zu koordinieren, Auseinandersetzungen zu klären, und den Verlust von Anführern zu überstehen. Die dabei in den Gefängnissen entstehenden kriminellen Organisationen sind gut vernetzt, erfinderisch und höchst widerstandsfähig.

– Es gibt keine einfachen Zusammenhänge im Verhältnis der Stärke von Gefängnisgangs und dem Niveau bewaffneter Gewalt. Gefängnisgangs organisieren und fokussieren die Mittel und Wege der Gewaltanwendung. Ihr Wachstum führt dann zu immer extremeren Konflikten.

□ *Frauen und Mädchen in Gangs*

– Schätzungen über die Anzahl weiblicher Mitglieder in Gangs variieren beträchtlich. Untersuchungen, die auf nationaler Ebene unter Jugendlichen in den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich durchgeführt wurden, veranschlagen den weiblichen Anteil von Gangmitgliedern auf 50 beziehungsweise 25 Prozent. Daten der amerikanischen Strafverfolgungsbehörden sprechen dagegen nur von sieben Prozent.

– Eine konservative Schätzung beziffert die Zahl weiblicher Gangmitglieder weltweit auf zwischen 132'000 und 660'000.

– Die Geschlechtszusammensetzung scheint zu bestimmen, wie häufig eine Gang Gewalt anwendet. Vorliegende Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, dass Mädchen in rein oder mehrheitlich weiblichen Gangs seltener Gewalttaten verüben als in Gangs, in denen die Zahl der männlichen und weiblichen Mitglieder gleich gross ist oder in denen die männlichen Mitglieder überwiegen.

– Mädchen und Frauen machen nur selten von Schusswaffen Gebrauch und beteiligen sich auch nicht so häufig und weniger intensiv an Gewalttaten wie ihre männlichen Kollegen. Meist entscheiden sie sich für Messer, Steine oder andere Werkzeuge.

Infos und Bestellungen: www.smallarms-survey.org

Peter Weishaupt



Die Waffenausfuhr im Jahr 2010

Die Schweiz exportierte im letzten Jahr für 640,5 Millionen Franken Kriegsmaterial. Abnehmer von helvetischen Rüstungsgütern waren 2010 wieder Staaten, die in Afghanistan und in Pakistan Krieg führen, die USA, Deutschland und andere Nato-Mitglieder. Neben den am Hindukusch kämpfenden Staaten waren aber auch Regime im Pulverfass Naher Osten gute Kunden der Schweizer Rüstungsindustrie, wie das fundamentalistische Saudi-Arabien. Auch anderen Ländern, in deren Verliesen gefoltert wird oder in denen Menschen in schrecklichem Elend leben, lieferte die Eidgenossenschaft weiter Waffen. Fazit:

Die Neutralität, das Kriegsmaterialgesetz und die Kriegsmaterialverordnung wurden durch den grössten Teil der Rüstungslieferungen des vergangenen Jahres erneut krass verletzt. In den Zahlen der Kriegsmaterialexporte, die der Bund veröffentlicht, ist der Export von militärischen Trainingsflugzeugen und von Dual-use-Gütern, die sowohl zivil wie militärisch genutzt werden können, nicht enthalten.

Waffen für Saudi-Arabien

Die Firma Rheinmetall in Zürich verkaufte Saudi-Arabien auch in diesem Jahr wieder Fliegerabwehrkanonen und Munition, wieder wie im

Ausfuhr von Kriegsmaterial 2010

Tabelle des Staatssekretariates für Wirtschaft SECO mit Ausfuhren von über einer halben Million Franken

Land	Wert CHF	Land	Wert CHF
Deutschland	134'294'251	Indien	6'031'242
Saudi-Arabien	132'610'693	Australien	5'232'257
Grossbritannien	51'119'295	Kuweit	4'466'109
Belgien	44'795'585	Griechenland	3'592'588
Spanien	32'627'818	Bahrein	3'216'819
U.S.A.	27'140'789	Finnland	2'973'737
Italien	25'317'725	Südafrika	1'906'405
Schweden	20'817'712	Korea (Süd)	1'264'735
Dänemark	18'057'264	Malaysia	1'224'664
Frankreich	17'671'761	Tschechische Rep.	846'721
Niederlande	15'532'335	Argentinien	725'031
Kanada	14'162'987	Polen	693'457
Pakistan	14'002'395	Jordanien	630'100
Brasilien	9'501'067	Luxemburg	542'236
Türkei	9'355'696	Katar	515'071
Arabische Emirate	8'749'045	Russland	512'063
Singapur	8'074'304	Diverse	8'643'362
Norwegen	7'306'598		
Österreich	6'344'794	Total	640'498'611
Total der Schweizer Kriegsmaterialexporte 2010 nach 69 Ländern		Wert CHF 640'498'611	

letzten Jahr für rund 132 Millionen Franken, da die Bestellung von 2006 noch nicht abgeschlossen ist. Saudische Truppen sind im März 2011 in Bahrain einmarschiert und intervenierten mit Infanterie, Panzern und Kampfflugzeugen auch schon in Jemen. Nach Pakistan lieferte die Schweiz für 32 Millionen Franken Waffen, trotz dem Krieg in der Grenzregion zu Afghanistan. Im Frühling 2009 hat der Bundesrat zwar beschlossen, Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien zurzeit keine neuen Bewilligungen für die Ausfuhr von Kriegsmaterial zu erteilen. Zulässig sollen aber die Ausfuhr von Munition sowie von Ersatzteilen für Kriegsmaterial bleiben, dessen Export bereits früher bewilligt worden ist, heisst es. Bewilligt wurden nach Saudi-Arabien 2006 der Export von 20 Fliegerabwehrsystemen inklusive Munition im Wert von 375 Millionen Franken.

Ruag an Waffenmesse in Abu Dhabi

Während in Nordafrika und im Nahen Osten Aufstände und ein Krieg in Libyen im Gange sind, beteiligte sich die Ruag, der subventionierte Rüstungsbetrieb des Bundes, vom 19.–21. Februar 2011 an der Waffenmesse IDEX in Abu Dhabi. Die Ruag präsentierte im «Swiss Pavillon» Munition aller Art an, «die besten Handgranaten der Welt», ein «Upgrade» für Panzerhaubitzen M-109, das «für viele Jahre Feuerkraft auf dem neusten Stand der Technik» bietet. Oder den 120-mm Minenwerfer «Bighorn». Der Ruag-Werbespot dazu: «Das Schlachtfeld der Zukunft verlangt leichte und eine einsetzbare Feuerunterstützung.» Auch 37 andere Schweizer Firmen präsentierten an dieser Kriegsmesse ihre Produkte.

Schweizer Unternehmen hatten auch das Gadhafi-Regime aufgerüstet. Sie lieferten Bunker- und Festungstechnik, Stahlhelme, Chiffriergeräte, Munition und Atomtechnik nach Libyen. Auch beim Export ganzer Giftgas-Fabriken nach Libyen in den 80er- und 90er-Jahren spielten Schweizer Firmen eine tragende Rolle (Tages Anzeiger 11.03.11).

Heiri Frei



Bericht aus Somalia

Vor neun Jahren wurde Vre Karrer in Somalia ermordet. Ihr Lebenswerk «New Ways» in Merka an der somalischen Küste existiert weiter. Jenny Heeb, Vorstandsmitglied des SFR und Präsidentin des Merka-Fördervereins, berichtet über das vergangene Jahr.

Im Frühling 2010 hatten wir die Hoffnung, dass das Ambulatorium von der französischen Organisation Médecins du Monde (MdM) in nächster Zeit übernommen werden könnte. Wir hatten mit ihr einen viermonatigen Probevertrag ausgehandelt, der im September beginnen sollte. Nach nur drei Tagen wurde das Experiment abgebrochen, da die in Merka herrschenden islamistischen Al Shabaab-Milizen eine Zusammenarbeit zwischen MdM und uns nicht duldeten und zudem verfügten, dass unser Ambulatorium geschlossen werden muss. So blieb das Ambulatorium bis zum 20. Februar 2011 geschlossen.

Médecins du Monde, die in Merka noch zwei andere Ambulatorien betreiben, die von Al Shabaab nicht geschlossen wurden, haben sich entschieden, Somalia Ende März 2011 zu verlassen, weil sie feststellen mussten, dass sie die medizinischen Aktivitäten nur ungenügend kontrollieren konnten. Dieser Rückzug einer grossen internationalen Organisation zeigt einmal mehr, wie wichtig die Arbeit unserer Organisation ist. 'New Ways' ist seit 1994 ohne Unterbruch in Merka tätig, bis vor neun Jahren

(2002) unter der Leitung von Vre Karrer. Andere ausländische Organisationen haben Merka immer wieder zwischenzeitlich oder ganz verlassen.



Die Schulen funktionieren noch

Die von Al Shabaab beherrschte Stadtregierung hat gefordert, dass das Ambulatorium, das nun wieder unter unserer Regie läuft, mit neuem Mobiliar ausgestattet wird und neue medizinische Geräte angeschafft werden. Wir mussten unseren Leuten in Merka mitteilen, dass wir nicht über die gleich grossen finanziellen Mittel verfügen wie MDM. Gespannt warten wir nun auf einen Bericht unseres Arztes über die Wiedereröffnung des Ambulatoriums.

Im März 2011 haben wir einen Bericht aus den beiden Schulen erhalten. Daraus geht hervor, dass die Sekundarschule von 149 Schülerinnen und 203 Schülern besucht wird und regelmässige Prüfungen durchgeführt werden. Die Primarschule wird von 254 Schülerinnen und 246 Schülern besucht. Die 240 ärmsten Schulkinder erhalten während fünf Tagen pro Woche ein warmes Mittagessen. Es ist beruhigend zu wissen, dass die Schulen funktionieren und auch die Mädchen zur Schule gehen. Gerne würden wir einmal lebendigere Berichte über das Schulwesen erhalten mit Beiträgen von LehrerInnen und SchülerInnen, doch um das zu erreichen, müssten wir nach Merka reisen können.

Gesundheitsposten in Ambe Banaan

Kürzlich wurden wir angefragt, ob wir ein Projekt zur Schulung der Bauern im Dorf Ambe Banaan, das eine gute Autostunde von Merka entfernt ist, finanzieren könnten, ohne uns aber jemanden zu nennen, der diese Aufgabe übernehmen könnte. Unsere Leute in Merka möchten den Bauern beibringen, wie sie die Landwirtschaft effizienter betreiben können. Dazu muss man sagen, dass sie wie wir hier im Schweizer Vorstand überfordert sind. Ich glaube, dass wir mit dem weiterfahren sollten, was wir seit dem Tod von Vre Karrer machen: Den Bauern unter die Arme greifen, indem wir sie finanziell unterstützen bei der Reinigung der Kanäle oder beim Kauf von Saatgut. Ausserdem möchten wir den Gesundheitsposten in Ambe Banaan weiterführen, wo viele der



DorfbewohnerInnen eine einfache medizinische Hilfe bekommen.

Unser Leiter in Merka, Ali Abdullahi, Nachfolger von Professor Roble, hat uns bei seinem Besuch in Nairobi mitgeteilt, dass 'New Ways' ein Büro in Nairobi eröffnen sollte, um an internationale Gelder zu kommen. Daraufhin haben wir unsere Leute in Merka darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich langsam mit dem Gedanken auseinandersetzen sollten, 'New Ways' ohne unsere Unterstützung weiter zu betreiben, weil wir im Vorstand alle, ausser Bashir Gobdon, im Pensionsalter sind und weil keine NachfolgerInnen in Sicht sind. Wir sind natürlich sehr gespannt, wie sie darauf reagieren werden. Es sollte möglich sein, dass mindestens der Schulbetrieb nach unserem Rückzug in den nächsten Jahren weitergeführt werden kann.

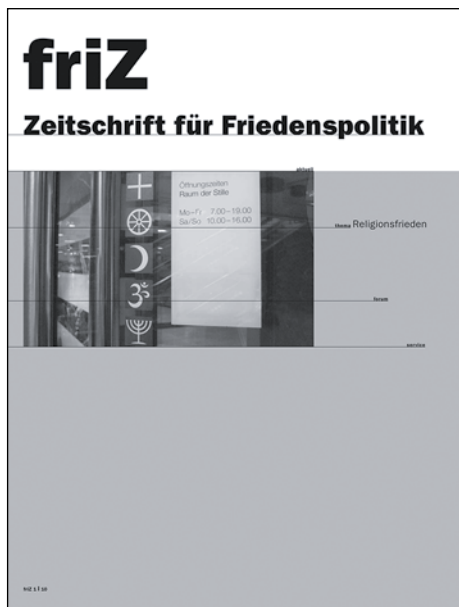
Die Lage in Somalia macht es uns heute unmöglich, nach Merka zu reisen, um an Ort die Arbeit von 'New Ways' zu kontrollieren. Eine Beruhigung der Lage und eine Einigung der verschiedenen Bürgerkriegsparteien würde es unserem Förderverein erleichtern, eine Organisation zu finden, die das Werk von Vre Karrer weiterführen könnte. Wir wären froh, wenn aus Kreisen des Friedensrates Menschen zu finden wären, die uns bei unserer Arbeit im Förderverein Neue Wege in Somalia tatkräftig unterstützen könnten.

Jenny Heeb



Wer sich genauer über «New Ways» informieren möchte, findet unsere Homepage über www.nw-merka.ch.

Bericht der friZ-Redaktion



Die Vorbereitung und Begleitung der Werbeaktion führten im Winter 2009/10 zu einem längeren Unterbruch in der **friZ**-Produktion. Als Folge davon sind im Jahr 2010 nur drei statt vier Ausgaben erschienen.

Religionsfrieden

friZ 1/10 war einem 'alten' Thema gewidmet: dem Religionsfrieden. Die Idee für diesen Schwerpunkt war schon im Sommer 2008, kurz nach Einreichung der Anti-Minarett-Initiative, geboren worden. Die ersten Vorarbeiten waren im Winter 2008/09 auch sehr fruchtbar, ein brauchbares Konzept für die Publikation in der **friZ** 2/09 schon bald erstellt. Bei der Umsetzung kamen wir dann aber ins Stocken. Vor allem die Suche nach einem oder einer AutorIn für den von uns gewünschten Haupttext gestaltete sich schwierig. Schliesslich konnten wir den Bieler Historiker Daniel V. Moser gewinnen, allerdings mussten wir dafür das

Das **friZ**-Jahr 2010 begann mit etwas noch nie Dagewesenem – mit einer Telefonwerbeaktion. Mehr als 1500 Personen, die in der Vergangenheit einmal die **friZ** (oder die **friedenszeitung**) abonniert hatten, wurden von MitarbeiterInnen der auf NGO spezialisierten Berner Marketingfirma Spiritline telefonisch beworben. Fast zehn Prozent der so Angesprochenen reagierten positiv und bestellten entweder ein **friZ**-Jahresabo (114), eine SFR-Mitgliedschaft (7) oder beides (21); dazu kamen noch eine Handvoll von Absagen, die aber doch zu einmaligen Spenden führten.

Über den Erfolg der Werbeaktion lässt sich noch nichts Definitives sagen. Dafür fehlt noch die Auswertung der letzten Zahlungen von der Aboerneuerung 2011. Erst dann wird klar sein, wie viele der neu gewonnenen AbonnentInnen und Mitglieder uns über das Jahr 2010 hinaus unterstützen.



Thema vom Sommer 2009 auf Anfang des Jahres 2010 verschieben. Das Warten hat sich gelohnt, wie wir finden: Unter dem Titel «Zur Entwicklung des Religionsfriedens in der Schweiz» zeigt Daniel Moser, dass die Glaubens- und Religionsfreiheit in unserem Land seit jeher ein Politikum gewesen ist.

Ebenfalls in der **friZ** 1/10: Der zweite Teil der von **friZ** und Friedensrat mitorganisierten Podiumsdiskussion «Mega Buster – Kriegsgebiet Kinderzimmer», in dem es diesmal um konkrete Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in den neuen und alten Medien ging.

Welt ohne Atomwaffen

Mit dem zweiten Schwerpunktthema des Jahres 2010 beschäftigt sich die **friZ**-Redaktion mit schöner Regelmässigkeit: Atomwaffen, genauer gesagt ging es in der **friZ** 2/10 um eine «Welt ohne Atomwaffen». Diese utopische Forderung hatte ein Jahr zuvor Unterstützung von unerwarteter Seite erhalten, als US-Präsident Barack Obama in Prag genau dies gefordert hatte: eine atomwaffenfreie Welt. Den **friZ**-Schwerpunkt erarbeiteten wir dann aber doch zusammen mit alten Verbündeten. Anlass dazu war der alljährliche Weltkongress der ÄrztInnen gegen den Atomkrieg (IPPNW), der im Sommer 2010 unter dem Slogan «Nukleare Abrüstung – für eine Zukunft!» in Basel stattfand.

Prominenteste Autorin zum Thema war aber zweifellos Micheline Calmy-Rey! Die Schweizer Aussenministerin plädierte in ihrem Beitrag eindringlich dafür, dass sich die Schweiz in Zukunft noch stärker für die weltweite Abrüstung der Atomwaffen einsetzen soll.

In der **friZ** 2/10 starteten wir ausserdem mit einer kleinen Serie zur Klimadebatte. Im ersten Artikel schilderte Beat Luder den Verlauf der Klimadiskussion bis zum vierten Klimabericht des Weltklimarates im Jahr 2007. Darüber hinaus lieferte er eine Einschätzung der komplexen Klimafragen aus friedenspolitischer Sicht.



Sklaverei heute

Kein regelmässiges, dafür ein umso älteres Thema stand im Mittelpunkt der **friZ** 3+4/2010: Sklaverei ist ein uraltes Phänomen, dass wir meistens mit der klassischen Antike oder mit dem transatlantischen Menschenhandel im 18. und 19. Jahrhundert verbinden. Während auf dem Papier die Sklaverei heute nirgends mehr auf der Welt offiziell erlaubt ist, leben aber immer noch Millionen von Menschen in sklaverei-ähnlichen Ausbeutungsverhältnissen. Auf 27 Millionen schätzt der amerikanische Soziologe Kevin Bales die Zahl der Menschen, die unter dieser «neuen Sklaverei» (z.B. Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft oder Menschenhandel) leiden. Genaue Angaben gibt es kaum, nicht zuletzt, weil nur schon die Abgrenzung von anderen Formen prekärer Arbeit politisch höchst umstritten ist.

Im zweiten Artikel der Klimareihe ging es in der **friZ** 3+4/10 um die internationalen Klimakonferenzen, insbesondere in Kopenhagen (2009) und in Cancun (2010).

Detlev Bruggmann



Publikationen

Ich bestelle

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2010/2011** des SFR. 24 Seiten, April 2011, Fr. 10.–

..... Ex. Argumentenkatalog **Schutz vor Waffengewalt** zur Volksabstimmung vom 13. Feb. 2011. Dezember 2010, 52 Seiten, Fr. 15.–

..... Ex. **SFR-Friedenskalender 2011** mit 12 Kalenderblättern zu Afrika, Fr. 10.–

..... Ex. **SFR-Newsletter** zu den Menschenrechten. Juni 2010, 12 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Jahresbericht 2009/2010** des SFR. 24 Seiten, März 2010, Fr. 5.–

..... Ex. **Reader «Kriegsgebiet Kinderzimmer»**. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Dezember 2009, 256 Seiten, Fr. 28.–

..... Ex. **SFR-Friedenskalender 2010** mit 12 Kalenderblättern zu Frauen in Indien, Fr. 5.–

..... Ex. **Poster «Couragiert – damals und heute»** zum Oster-Pilgerweg 2009. Juni 2009, Fr. 5.–

..... Ex. **Jahresbericht 2008/09** des SFR. 24 Seiten, April 2009, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Konfliktprävention**. Zivildienstleistende im öffentlichen Raum. Dezember 2008, 12 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **SFR-Friedenskalender 2009** mit 12 farbigen Kalenderblättern zu Tibet, Fr. 5.–

..... Ex. **Kleinwaffen-Newsletter** zum internationalen Waffenrecht. Juni 2008, Fr. 5.–

..... Ex. **Jahresbericht 2007/08** des SFR. 24 Seiten, März 2008, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Das Geschäft mit dem Krieg**. Private Sicherheits- und Militärfirmen – eine Gefahr für die Menschenrechte. Dezember 2007, 28 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. **SFR-Friedenskalender 2008** mit 12 farbigen Kalenderblättern zu Palästina, Fr. 5.–

..... Ex. Argumentenkatalog **Kleinwaffen unter Kontrolle!** zur Waffeninitiative. September 2007, 12 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Schöne neue atomare Welt**. Warum neue Atomkraftwerke kein Rezept gegen den Klimawandel sind. Juni 2007, 24 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. Broschüre **Kleinwaffen unter Kontrolle:** Überprüfungskonferenz Kleinwaffen/Miltärgesetz. Dezember 2006, Fr. 5.–

..... Ex. **SFR-Friedenskalender 2007** mit 12 farbigen Kalenderblättern zu Somalia, Fr. 5.–

..... Ex. Broschüre **Wehrpflicht zur Debatte:** Berufsarmee, Freiwilligenheer, allgemeine Dienstpflicht? Dezember 2004, Fr. 10.–

..... Ex. SFR-Broschüre **Abschied vom In-seldasein**. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der UNO. 52 Seiten, Dezember 2000, Fr. 10.–

..... Ex. SFR-Jubiläumsbuch **«Hoffen heisst Handeln»** – Friedensarbeit in der Schweiz seit 1945, 224 Seiten, Fr. 15.–

..... **Abonnement** der **friZ** für 50 Franken jährlich

Ich will **Mitglied des SFR** werden:

- ☐ Fr. 50.– jährlich (Mitgliedschaft)
- ☐ Fr. 100.– jährlich (Mitglied & Jahresabo)
- ☐ Kampagne gegen Kleinwaffen (Fr. 20.–)

Vorname, Name

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Einsenden an Schweiz. Friedensrat, Postfach 1808, 8021 Zürich, **faxen** an 044 241 29 26 oder **mailen** an info@friedensrat.ch